

Zeitschrift: Bulletin / Vereinigung der Schweizerischen Hochschuldozierenden =
Association Suisse des Enseignant-e-s d'Université

Band: 43 (2017)

Artikel: Politische Bildung im Schulunterricht : Partizipationsfördern oder eher
abschreckend?

Autor: Koller, Daniela

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-893683>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Politische Bildung im Schulunterricht: Partizipationsfördernd oder eher abschreckend?

Daniela Koller*

Insbesondere vor und nach eidgenössischen Wahlen oder Abstimmungen wurde in den Medien wie auch seitens der Politik regelmässig die Politikmüdigkeit und das Desinteresse junger Erwachsener an politischen Vorgängen thematisiert (Affolter 2007; Longchamp 2010, 2011). Dabei stand oftmals nicht nur die tiefe Wahl- und Stimmbeteiligung der jüngsten Schweizer Bürgerinnen und Bürger in der Kritik; vielmehr wurde diese wie auch das geringe politische Interesse mit der stiefmütterlich behandelten politischen Bildung im Rahmen der schulischen Grundbildung in Verbindung gebracht. So weisen denn auch zwei Studien der *International Association for the Evaluation of Educational Achievement*, kurz IEA, von 1999 und 2009 darauf hin, dass Schweizer Jugendliche im Alter zwischen 15 und 16 Jahren im internationalen Vergleich schlecht abschneiden, was das politische Wissen, aber auch damit verbundene Fertigkeiten anbelangt (Biedermann et al. 2010). Oser und Reichenbach (2000) fassen die Ergebnisse dieser Studien im Hinblick auf den Zustand politischer Bildung an Schweizer Schulen wie folgt zusammen: «eher unbefriedigend, eher oberflächlich, eher idealisierend, eher wenig partizipativ, und eher wenig kompetent» (Oser/Reichenbach 2000: 10). Angesichts dieser Beurteilung sowie der vergleichsweise tiefen Beteiligung junger Erwachsener an politischen Entscheidungsprozessen in Form von Abstimmungen und Wahlen, aber auch an weiteren Formen politischen Engagements (politische Freiwilligenarbeit, parteipolitische Mitwirkung usw.) stellt sich erstens die Frage, ob der politische Unterricht in der Schweiz tatsächlich von so schlechter Qualität ist. Und falls dem so ist, ob zweitens ein kausaler Zusammenhang zwischen fehlendem politischen Wissen bzw. fehlenden politischen Kompetenzen und der politischen Beteiligung bestehen könnte, das heisst ein Mangel an politischer Bildung das politische Desinteresse und fehlende Engagement erklären könnte. Die Behandlung dieser beiden Fragen steht entsprechend im Zentrum des vorliegenden Artikels. Zwar haben hinsichtlich erster Frage bereits verschiedene Studien auf den Ist-Zustand politischer Bildung in der Schweiz Bezug genommen und sind dabei grösstenteils zu einem ähnlichen Schluss gekommen wie die IEA-Studien (vgl. u.a. Oser/Reichenbach 2000; Quesel/Allenspach 2007; Reichbach 1999, 2000). Allerdings fehlt bisher eine umfassende Analyse des tatsächlich erteilten politischen Unterrichts, sprich es wurde bisher kaum untersucht, in welcher

Art und Weise politische Inhalte vermittelt werden (Koller 2017). Dieser Mangel an empirischen Informationen erschwert die Einschätzung, inwiefern politische Bildung an Schweizer Schulen überhaupt stattfindet und ob dieser Unterricht mit dem politischen Engagement in einem Zusammenhang steht. Bevor allerdings Fragen nach dem Umfang und der Wirkung politischer Bildung überhaupt beantwortet werden können, ist eine genauere Erläuterung des Konzepts politischer Bildung notwendig. Basierend auf den Begriffsbestimmungen und Analysen, welche ich im Rahmen meiner Doktorarbeit zum Thema Jugendpartizipation und politische Bildung in der Schweiz erarbeitet habe, soll im Folgenden zuerst die Begrifflichkeit der politischen Bildung näher definiert werden, um anschliessend das Augenmerk auf die politische Bildung, wie sie im Rahmen des Schulunterrichts tatsächlich vermittelt wird, richten zu können. In einem letzten Schritt wird kurz auf die Frage der Relation zwischen erteiltem politischen Unterricht und dem faktischen Partizipationsverhalten junger Erwachsener in der Schweiz eingegangen.

1. Konzept politischer Bildung

Immer wieder wird – wie erwähnt – seitens Politik, Medien oder der Wissenschaft der Begriff der politischen Bildung verwendet, allerdings oftmals ohne klare Definition, was denn überhaupt unter politischer Bildung verstanden wird. Wo die einen politische Bildung vor allem mit der Weitergabe von Faktenwissen gleichsetzen, erweitern andere diese Dimension um die Vermittlung und Einübung partizipativen Verhaltens und entsprechender Erfahrungen. Trotzdem geht aus dem Kontext und der Verwendung des Begriffs hervor, dass in der politischen Bildung die Befähigung der einzelnen Individuen zu mündigen Staatsbürgerinnen und -bürgern gesehen wird, wobei die Weitergabe der dafür not-

* Bogenstrasse 15, 9000 St. Gallen.

E-mail: daniela.koller@bluewin.ch



Daniela Koller, Dr. des. rer. soc. (ab April 2017: Dr. rer. soc.). Studium der Politikwissenschaft, der Wirtschaft- und Sozialgeschichte und der Geschichte der Neuzeit an der Universität Zürich, Doktorat und Assistenz am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern (2011–2016).

Forschungsinteressen: Politische Partizipation insbesondere junger Erwachsener, politische Bildung, Schweizer Politik, Genderunterschiede im Partizipationsverhalten.

wendigen Kenntnisse und Fertigkeiten primär im Rahmen des obligatorischen wie auch des nachführenden Unterrichts verortet wird. Dies liegt insofern nahe, als es sich bei der Schule um eine Institution handelt, deren Besuch für mehr oder weniger alle Kinder und Jugendlichen verbindlich ist – unabhängig vom jeweiligen sozialen Hintergrund (Beck 1977; Osterwalder 2000). Gleichzeitig durchlaufen junge Menschen während der obligatorischen Schulzeit viele wichtige Prozesse hinsichtlich der Entwicklung sozial (wie auch politisch) relevanter Verhaltensweisen und Erfahrungen (Geulen/Hurrelmann 1980).¹ Aufgrund dessen bezieht sich das Konzept der politischen Bildung auf die Vermittlung politischer Inhalte und Kompetenzen im Rahmen des schulischen Unterrichts. Der Schule wird dabei die Aufgabe übertragen, die Schülerinnen und Schüler zu mündigen Mitbürgerinnen und -bürgern zu erziehen, damit diese in der Lage sind, am gesellschaftlichen und politischen Leben teilzuhaben. Dies soll einerseits über den Erwerb politischen Wissens, der Entwicklung demokratischer Werte und für die Partizipation notwendiger Fertigkeiten geschehen. Andererseits soll sich der Fokus nicht lediglich auf politische Prozesse beschränken, sondern vielmehr wirtschaftliche und gesellschaftliche Zusammenhänge miteinbeziehen (Calderón-Grossenbacher 1998; GPJE 2004; Oser/Reichenbach 2000). Die *Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung* (GPJE) schlägt daher vor, für die politische Bildung einen umfassenden Politikbegriff heranzuziehen, der sich wie folgt zusammensetzt (GPJE 2004: 10–11):

- **Politik im engeren Sinn:** Hierunter wird Politik hauptsächlich als «ein kollektiver, konflikthafter und demokratischer Prozess zur Herstellung verbindlicher Entscheidungen» (ebd.: 10) verstanden. In Bezug auf den politischen Unterricht können hierbei weiter drei Subdimensionen unterschieden werden, nämlich die klassische *Institutionenlehre*, bezogen auf die Funktion und Bedeutung verschiedener politischer Institutionen und Systeme, sowie Themen aus den Bereichen *Innenpolitik* (bspw. das Prinzip der Neutralität der Schweiz oder der Schweizer Föderalismus) und *Aussenpolitik* (z.B. internationale Organisationen oder die Beziehung zwischen verschiedenen Akteuren auf internationaler Ebene).
- **Wirtschaftliche Fragen und Probleme:** Hiermit soll vor allem auf die enge Interdependenz der

politischen und wirtschaftlichen Sphäre Bezug genommen werden, da sich die beiden Bereiche in vielen Fällen gegenseitig beeinflussen bzw. bedingen.

- **Fragen und Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens:** Da die Gesellschaft sowohl Voraussetzung als auch Objekt politischen Handelns ist, wird die Thematisierung sozialer Spannungsfelder und Entwicklungen ebenfalls als zentraler Bestandteil politischer Bildung erachtet.
- **Rechtliche Fragen und Probleme:** Schliesslich stehen auch Recht und Politik in einem engen Verhältnis, insofern das Recht einerseits ein Ergebnis politischer Prozesse, andererseits aber auch die Voraussetzung politischen Handelns darstellt.

Als zentral erachtet es die GPJE, die Bereiche nicht für sich, sondern in ihrer wechselseitigen Dependenz zu behandeln – und zwar unter zusätzlicher Berücksichtigung aktueller Ereignisse und Entwicklungen, nationaler wie internationaler Zusammenhänge sowie Fragen nach dem Zusammenleben der Menschen in einer globalisierten, interdependenten Welt. Um politische Bildung in diesem Verständnis vermitteln zu können, sind nebst Kenntnissen über politische Institutionen und Vorgänge auch Fertigkeiten notwendig, welche die Beurteilung politischer Prozesse und Geschehnisse wie auch die Diskussion über Ereignisse, Entwicklungen und kontroverse Fragestellungen erlauben.

Um politische Bildung empirisch zu analysieren, bietet sich – basierend auf der Konzeptualisierung der GPJE – eine Unterteilung in primär zwei Dimensionen an, nämlich die Vermittlung von Kenntnissen und die Einübung von Fertigkeiten und Fähigkeiten (Kompetenzen). Einerseits wird im faktischen Wissen, also in Kenntnissen über politische Systeme und Institutionen eine wichtige Voraussetzung gesehen, um politische Prozesse und Entscheidungen überhaupt verstehen zu können. Oder wie Delli Carpini und Keeter (1996: 8) sich ausdrücken: “Political knowledge is to democratic politics what money is to economics: it is the currency of citizenship”. Andererseits sind für die tatsächliche Beteiligung am politischen Leben nicht nur das Wissen über Politik, sondern auch eine Reihe von Fertigkeiten notwendig. Darunter fallen vor allem Kompetenzen zur Beurteilung politischer, wirtschaftlicher, gesellschaftlicher wie auch rechtlicher Prozesse und Debatten, zur Formulierung eigener Positionen, zu lösungsorientiertem Handeln sowie zur kritischen Hinterfragung und Entwicklung politischer Begriffe und Konzepte. Krammer (2008: 7–11) unterteilt diese Fertigkeiten in drei verschiedene Kompetenzbereiche:

¹ Dieser Sozialisationsprozess setzt sich dann im Erwachsenenalter fort, beispielsweise am Arbeitsplatz, im Engagement in Vereinen oder Organisationen oder ganz allgemein im sozialen Umgang. Folglich endet die Vermittlung politischer Bildung ebenfalls nicht mit dem Abschluss der Ausbildung, sondern währt lebenslang fort.

- **Urteilskompetenzen** umfassen Skills, Fertigkeiten und die Bereitschaft zur Beurteilung politischer Entscheidungen, Fragen und Kontroversen auf eine unabhängige, vernünftige und themen- resp. wertorientierte Art.
- **Handlungskompetenzen** sind Skills, Fertigkeiten und die Bereitschaft zur Formulierung der eigenen Position, zur Erfassung der Positionen anderer und zur Beteiligung an der Lösung politischer, sozialer und wirtschaftlicher Probleme unter Berücksichtigung der eigenen und der Bedürfnisse anderer.
- **Sachkompetenzen** beinhalten Skills, Fertigkeiten und die Bereitschaft zum Verständnis und zur Entwicklung politischer Begriffe, Kategorien und Konzepte auf eine kritische Art und Weise.

Diese beiden Dimensionen lassen sich darüber hinaus um eine weitere wichtige Komponente ergänzen, dem *politischen Interesse*. Gerade im Hinblick auf das politische Engagement herrscht in der Literatur denn auch Einigkeit über die zentrale Bedeutung des Interesses am Politischen (vgl. u.a. Verba et al. 1995, 2001).

Die genannten drei Dimensionen werden im Folgenden herangezogen, um eine Übersicht über den tatsächlich erteilten politischen Unterricht in der Schweiz zu präsentieren.

2. Politischer Unterricht auf Sekundarstufe II

Wie bereits angetönt, wurden und werden in der Schweiz immer wieder Stimmen laut, welche den Mangel an politischer (Schul-)Bildung beanstanden. Dies zieht die Frage nach sich, wie es denn tatsächlich um die Vermittlung politischer Inhalte an Schweizer Schulen steht. Um eine zumindest annähernde Antwort auf die Frage geben zu können, ob und wie das übergeordnete Ziel der politischen Bildung, junge Menschen zu mündigen Staatsbürgerinnen und -bürgern zu erziehen, im Unterricht umgesetzt wird, habe ich im Rahmen meiner Dissertation eine empirische Analyse politischer Bildung, wie sie gemäss den jeweiligen Lehrplänen unterrichtet werden sollte, durchgeführt (Koller 2017). Ich habe mich dabei auf die Sekundarstufe II – genauer Gymnasien und Berufsfachschulen – beschränkt; dies einerseits aus Gründen der Durchführbarkeit, andererseits, weil in diesem Lebensabschnitt der Adoleszenten die intensivste Phase politischer Sozialisation liegt, unter anderem auch aufgrund der stetig zunehmenden Erfahrungen im Umgang mit politischen Prozessen und Ereignissen sowie Möglichkeiten politischer Partizipation – allen voran natürlich die Erlangung des Stimm- und Wahlrechtsalters (vgl. Koller 2017: 65). Basierend auf obiger Konzeptualisierung politischer

Bildung als dreidimensionales Konstrukt wurden dabei die einzelnen kantonalen oder Schullehrpläne derjenigen Fächer, welche politische Bildung primär integrieren², untersucht. Zwar garantieren die Vorgaben in den offiziellen Lehrplänen noch keine tatsächliche Umsetzung in den Unterricht – diese hängt primär von der jeweiligen Lehrperson ab, doch als verbindliche Instrumente zur Regelung und Koordination des Unterrichts, die für alle Lehrpersonen gleichermaßen gelten, bieten sie einen guten Überblick über die zu vermittelnden Inhalte der jeweiligen Fächer.

Primär deuten die Befunde der Lehrplananalyse einerseits auf grosse Unterschiede hinsichtlich des Einbezugs politischer Bildung hin, und zwar sowohl über die verschiedenen Schultypen und Kantone hinweg als auch innerhalb derselben (vgl. Koller 2017). Allerdings sind auch gewisse Tendenzen auszumachen. So werden die Vermittlung von Faktenwissen und die Bestrebung, politisches Interesse zu wecken, in den Deutschschweizer Lehrplänen insgesamt etwas stärker gewichtet als in den lateinsprachigen Dokumenten; in Bezug auf die Einübung politischer Fertigkeiten zeigt sich hingegen ein umgekehrtes Bild. Eine Erklärung für diesen unterschiedlichen Fokus in den Sprachregionen ist schwierig auszumachen, wäre doch aufgrund der stärker partizipativ ausgerichteten, sprich direktdemokratischeren politischen Systeme der Deutschschweizer Kantone und der vermehrt repräsentativ geprägten Westschweizer Systeme eher das Gegenteil zu erwarten (vgl. bspw. Wernli 2001). Auch wenn in keinem der in die Untersuchung einbezogenen Schultypen gemäss Lehrplänen überdurchschnittlich viele Themen resp. Fertigkeiten behandelt werden, liegt der Fokus an Gymnasien und Berufsfachschulen mit Berufsmaturität am stärksten auf der Vermittlung von Sachkompetenzen, wohingegen der politische Unterricht im Bereich der kaufmännischen Grundbildung und des Detailhandels fast durchwegs eine marginale Position einnimmt. Andererseits weisen die Befunde aber auch darauf hin, dass die Befürchtungen einer grundsätzlichen Vernachlässigung politischer Bildung im Rahmen des schulischen Unterrichts nicht bestätigt werden können. So wird in über vier Fünfteln aller analysierten Lehrpläne ein zentrales Ziel hinsichtlich der politischen Bildung genannt. Eine solche Zielformulierung wäre beispielweise: «Die politische Bildung als Teil des Geschichtsunterrichts vermittelt politisches Grundwissen und fördert dadurch das Interesse an

² Im Falle allgemeinbildender Schulen sowie der Berufsfachschulen mit Berufsmaturität (BM) handelt es sich dabei um das Fach «Geschichte» oder «Geschichte und Politik», wohingegen an Berufsfachschulen ohne BM politische Bildung vorwiegend im Teilfach «Gesellschaft» unterrichtet wird.

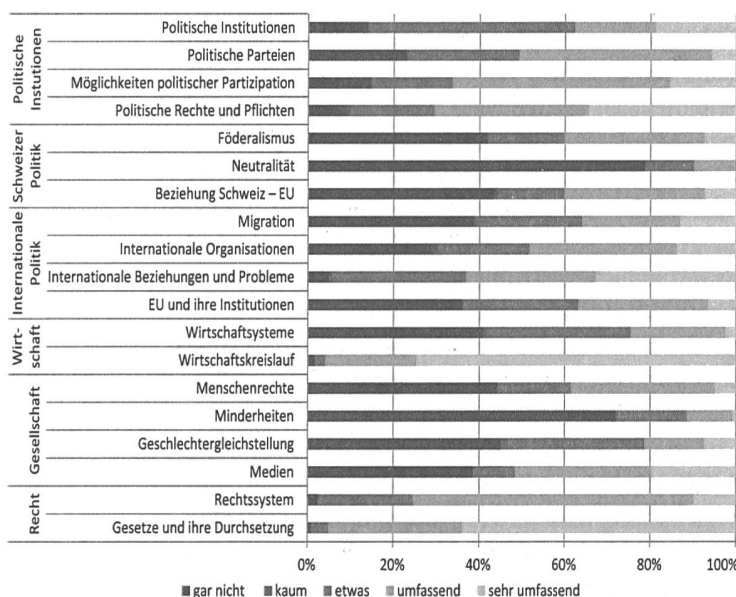


Abbildung 1. Einzelne Bereiche der Dimension Kenntnisse

politischen Fragen sowie die Fähigkeit zur Meinungsbildung und die Bereitschaft zur aktiven Teilnahme an politischen Vorgängen der Gegenwart» (Kantonaler Lehrplan Bern für den gymnasialen Bildungsgang). Die nachfolgenden Abbildungen geben einen Überblick über die Erwähnung der unterschiedlichen Dimensionen und Subdimensionen politischer Bildung in den Lehrplänen.³

Ein Blick auf Abb. 1 zeigt, dass viele Wissensaspekte mindestens indirekt in etwa zwei Dritteln aller Lehrpläne Erwähnung finden. Insbesondere Themen wie der Wirtschaftskreislauf sowie der Aufbau und die Funktionsweise des Rechtssystems fließen in fast alle Lehrpläne mit ein. Auch die Behandlung politischer Institutionen und Akteure sowie der dazugehörigen politischen Rechte und Pflichten nimmt in einem Grossteil der Lehrpläne eine mehr oder weniger zentrale Stellung ein. Demgegenüber gibt es aber auch Bereiche, die eher stiefmütterlich behandelt werden – so etwa die Themen Neutralität oder Minderheiten. Alle übrigen hier präsentierten Themenbereiche werden in etwas mehr als der Hälfte aller untersuchten Dokumente zumindest ansatzweise einbezogen. Was die Vermittlung von Fertigkeiten und das Wecken politischen Interesses anbelangt, zeigt sich ein

³ Um ein möglichst detailliertes Bild darüber zu erhalten, ob und wie die verschiedenen Bereiche in den politischen Unterricht einfließen (sollen), wird zwischen fünf Abstufungen unterschieden: (1) *gar nicht behandelt*, sprich dieser Themenbereich wird im Lehrplan nicht erwähnt, (2) *kaum behandelt*, d.h. der Aspekt wird lediglich indirekt erwähnt, (3) *etwas behandelt*, d.h. das Thema wird entweder als Begriff einbezogen, (4) *umfassend behandelt*, sprich der Bereich wird genauer umschrieben oder mehrmals erwähnt, (5) *sehr umfassend behandelt*, d.h. es wird mehrfach in umfassender Art und Weise auf den Aspekt Bezug genommen.

ähnliches Bild. Auch hier werden viele der Kompetenzen in der Mehrheit der Lehrpläne mindestens angeschnitten oder – in drei Fällen – sogar in fast allen Dokumenten mehr oder weniger ausführlich angesprochen. Bei letzteren handelt es sich erstens um die Vermittlung von Haltungen, welche einer offenen, demokratischen Gesellschaft entsprechen, zweitens um die Fähigkeit zur Analyse wirtschaftlicher Zusammenhänge und drittens um den Einbezug aktueller Ereignisse im In- und Ausland. Nur am Rande Eingang in die Lehrpläne finden hingegen die Dimension «Interesse wecken» und Hinweise auf die Möglichkeit der aktiven Partizipation im Rahmen der Schule, beispielweise über Klassenräte, der Mitsprache hinsichtlich der Gestaltung des Unterrichts oder schulpolitischer Entscheidungen. Zusammen mit den weiter oben beschriebenen Ergebnissen der Analyse, dass die meisten Lehrpläne ihren Fokus auf einige, selten aber auf alle Themenbereiche legen, zeigt sich ein nicht ganz so düsteres Bild, wie oftmals in den Medien gemalt. Immerhin über die Hälfte der analysierten Dokumente beziehen viele Wissensaspekte und Fertigkeiten mit ein. Allerdings finden einige wichtige Bestandteile einer umfassenden politischen Bildung im Grossteil der offiziellen Vorgaben kaum Beachtung. Dies gilt insbesondere für die Dimension «Interesse wecken», welche – so die Erkenntnisse sowohl erziehungswissenschaftlicher, psychologischer als auch politikwissenschaftlicher Forschung – eine wichtige Rolle spielt, einerseits im Hinblick auf den Lernerfolg, andererseits auf das tatsächliche politische Engagement.

3. Auswirkungen politischer Bildung auf das politische Partizipationsverhalten junger Erwachsener

Viele Studien haben die zentrale Bedeutung der Schule im politischen Sozialisationsprozess hervorgehoben (u.a. Merelman 1972; Niemi/Hepburn 1995), insbesondere da es sich dabei um eine obligatorisch zu besuchende Institution handelt, welche Kinder und Jugendliche mehr oder weniger unabhängig vom sozialen Hintergrund prägt (Beck 1977; Osterwalder 2000). Gleichzeitig stellt der Klassenraum ein Ort dar, in welchem ein Austausch zwischen Individuen unterschiedlichen Hintergrunds und teilweise divergierender Meinungen stattfindet. Nicht nur die Vermittlung von Fertigkeiten und Faktenwissen, sondern vielmehr auch die Art und Weise, wie im Klassenzimmer Ansichten präsentiert und diskutiert werden, können die Jugendlichen für ihr weiteres Engagement ganz zentral beeinflussen (u.a. Niemi/Junn 1998; Torney-Purta 2002). Entsprechend kann angenommen werden, dass sich die politische Bildung, wie sie im Unterricht erteilt wird, nicht nur auf das politische Wissen und die Fertigkeiten, son-

dern auch ganz konkret auf das politische Verhalten der Jugendlichen auswirkt. Wobei eine stärkere, umfassendere Auseinandersetzung mit politischen Themen sowie die vermehrte Einübung von für die Partizipation notwendigen Fähigkeiten tendenziell mit vermehrtem politischem Engagement in Verbindung gesetzt werden.

Im Rahmen meiner Dissertation habe ich untersucht, inwiefern der politische Unterricht, wie er gemäss den Lehrplänen an Gymnasien und Berufsfachschulen untersucht werden sollte, das politische Engagement junger Erwachsener in der Schweiz beeinflusst. Um ein möglichst umfassendes, breites Bild möglicher Beziehungen zwischen politischer Bildung und Partizipation zu erhalten, wurden sechs verschiedene Partizipationsformen mit in die Untersuchung einbezogen: (1) die klassisch «konventionelle» Partizipation – Wählen und Abstimmen, (2) die mit dem direktdemokratischen politischen System der Schweiz in Verbindung stehenden Beteiligungsformen wie das Unterschreiben von Referenden sprich Initiativen oder das eigenhändige Sammeln von Unterschriften, (3) stärker auf Protestaktivitäten bezogene Formen der Beteiligung – Teilnahme an Demonstrationen oder das Tragen politischer Botschaften, (4) Aktivitäten, welche Jugendliche in direkten Kontakt mit gewählten Politikerinnen und Politikern bringen – Kontaktierung von Politikern, Besuch von Veranstaltungen etc., (5) der politische Konsum sprich der bewusste Kauf oder Verzicht auf Produkte oder Dienstleistungen aus politischen oder ethischen Gründen sowie (6) verschiedene politische Beteiligungsformen via Internet – Weiterleiten von politischen Botschaften per Email oder der Beitritt zu politisch motivierten Gruppen in sozialen Netzwerken.

Die Ergebnisse der Analysen zum Effekt des politischen Unterrichts widerspiegeln mehr oder weniger frühere Erkenntnisse (vgl. bspw. Langton/Jennings 1969 oder Quintelier 2010). Es finden sich zwar einige Hinweise auf den positiven Einfluss politischer Bildung auf die Beteiligung an konventionellen wie unkonventionellen Partizipationsformen, allerdings erweisen sich die Zusammenhänge als äusserst gering. Eine Erklärung für diese Ergebnisse könnte darin liegen, dass viele Lehrpläne ihren Fokus entweder auf die Weitergabe von politischem Wissen oder aber dem Einüben politischer Fertigkeiten legen bzw. die eine Dimension auf Kosten der anderen stärker gewichten. Politikwissenschaftliche Erkenntnisse zum politischen Partizipationsverhalten legen aber nahe, dass vielmehr die Kombination der unterschiedlichen Dimensionen für eine tatsächliche Partizipation am politischen Leben Voraussetzung ist.

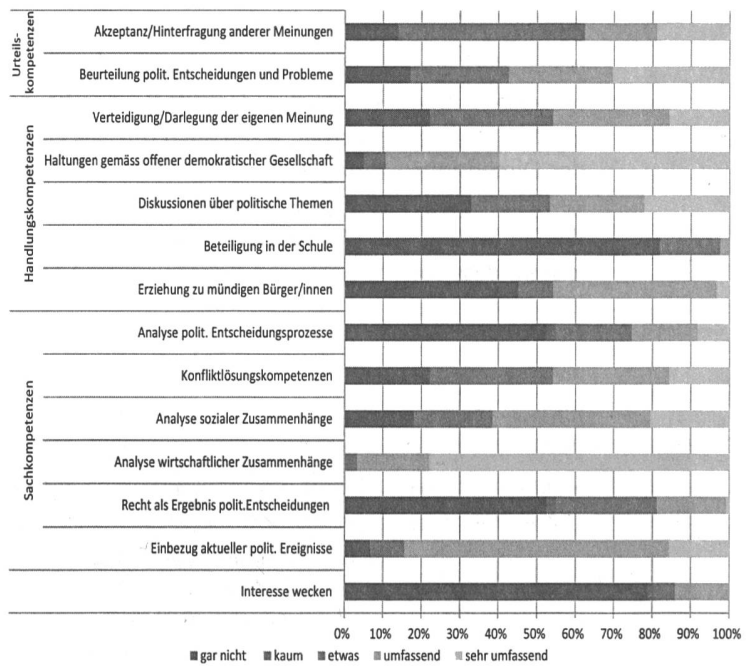


Abbildung 2. Einzelne Bereiche der Dimension Kenntnisse Fertigkeiten und Interesse wecken

Allerdings lässt sich feststellen, dass die Wirkungsweise politischer Bildung je nach sozialem oder sozio-demografischem Hintergrund oder dem politischen Engagement unterschiedlich sein kann. Dies deutet darauf hin, dass sich die Vermittlung politischer Kenntnisse und Fertigkeiten im Rahmen des Schulunterrichts *indirekt* auf die Partizipationsbereitschaft junger Erwachsener auswirkt. So zeigt sich, dass etwa die Vermittlung politischer Bildung die Geschlechterunterschiede in der Partizipationsbereitschaft verringern. Ein ähnliches Bild zeigt sich im Hinblick auf die Wahrscheinlichkeit der politischen Beteiligung junger Erwachsener mit Migrationshintergrund, wobei vor allem die Dimension *Interesse wecken* einen stärker positiven Effekt auf Jugendliche mit als ohne Migrationshintergrund hat. Eine ebenfalls leicht ausgleichende Wirkung politischer Bildung zeigt sich in Bezug auf den sozioökonomischen Hintergrund, insofern die Bereitschaft zum politischen Engagement bei Jugendlichen aus sozioökonomisch eher schlechter gestelltem Elternhaus vom politischen Unterricht stärker geweckt wird als bei den übrigen Schülerinnen und Schülern. Schliesslich kann festgestellt werden, dass sich bei politisch eher desinteressierten jungen Menschen die Fokussierung des Unterrichts auf das Wecken des politischen Interesses tatsächlich auch positiv auf deren Partizipationsbereitschaft auswirkt.

Zusammengenommen deuten die Erkenntnisse trotz teilweise fehlender statistischer Zusammenhänge auf die Bedeutung der *politischen Bildung als ausgleichendes Moment* im Hinblick auf das tatsächliche

politische Partizipationsverhalten hin. Wie die Lehrplananalyse zudem zeigt, wird dem politischen Unterricht – zumindest auf Sekundarstufe II – durchaus grossen Stellenwert gezollt, wenn auch oftmals eine der Dimensionen zuungunsten der anderen stärker gewichtet wird. Vieles spräche angesichts dessen für die Einführung von Mindeststandards, die gewährleisten, dass sowohl politische Kenntnisse und Fer-

tigkeiten als auch das Wecken politischen Interesses zumindest zu einem gewissen Teil im Unterricht behandelt würden. Dies würde zudem sicherstellen, dass nicht nur in ausgewählten Schulen, sondern schweizweit über alle Schultypen, Kantone respektive Schulen hinweg Partizipationsunterschiede über die Vermittlung politischer Bildung ausgeglichen werden könnten. ■

Bibliografie

- Affolter, M. (2007): Gegen «Tiefstand» des politischen Interesses. *Neue Zürcher Zeitung*, 107, 10.05.2007: 16.
- Beck, Paul A. (1977): The role of agents in political socialization. In: Renshon, Stanley A. (Hg.): *Handbook of Political Socialization Theory and Research*. New York: The Free Press: 115–142.
- Biedermann, Horst/Oser, Fritz/Konsantinidou, Liana/Widorski, Dagmar (2010): *Staatsbürgerinnen und Staatsbürger von morgen: Zur Wirksamkeit politischer Bildung in der Schweiz. Ein Vergleich mit 37 anderen Ländern*. Freiburg. Online unter: www.unifr.ch/pedg/jccs/bericht1.pdf [Letzter Zugriff: 20.09.2011].
- Calderón-Grossenbacher, Ruth (1998): *Politische Bildung in der Schweiz. Analyse des Lehrplans auf Sekundarstufe I im Kanton Bern*. Lizentiatsarbeit. Universität Freiburg.
- Delli Carpini, Michael X./Keeter, Scott (1996): *What Americans Know about Politics and Why it Matters*. New Haven, CT: Yale University Press.
- Geulen, Dieter/Hurrelmann, Klaus (1980): Zur Programmatik einer umfassenden Sozialisationstheorie. In: Hurrelmann, Klaus/Ulich, Dieter (Hg.): *Handbuch der Sozialisationsforschung* 5. Weinheim: Beltz: 51–67.
- Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE) (2004): *Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen*. Ein Entwurf. Schwalbach am Taunus: Wochenschau Verlag.
- Koller, Daniela (2017): *Politische Partizipation und politische Bildung in der Schweiz. Eine empirische Untersuchung des Partizipationsverhaltens junger Erwachsener in der Schweiz*. Dissertation. Universität Bern.
- Krammer, Reinhard (2008): *Kompetenzen durch Politische Bildung. Ein Kompetenz-Strukturmodell*. Innsbruck, Bozen, Wien: Forum Politische Bildung, Informationen zur Politischen Bildung Bd. 29.
- Langton, Kenneth P./Jennings, M. Kent (1968): Political Socialization and the High School Civics Curriculum in the United States. *American Political Science Review* 62(3): 852–867.
- Longchamp, Claude (2010): *Stimmbeteiligung der Jungen sinkt*. Online unter: <http://www.gfsbern.ch/Blog/tabid/93/entryid/207/Stimmbeteiligung-der-Jungen-sinkt.aspx> [Letzter Zugriff: 24.01.2013].
- Longchamp, Claude (2011): *Als ob besonders junge Frauen nicht wählen wollten*. Online unter: <http://www.zoonpoliticon.ch/blog/15257/als-ob-besonders-junge-frauen-nicht-wahlen-wollten> [Letzter Zugriff: 03.01.2012].
- Merelman, Richard M. (1972): The Adolescence of Political Socialization. *Sociology of Education* 45(2): 134–166.
- Niemi, Richard G./Junn, Jane (1998): *Civic education: What makes students learn*. New Haven: Yale University Press.
- Niemi, Richard G./Hepburn, Mary A./Chapman, Chris (2000): Community service by high school students: A cure for civic ills? *Political Behavior* 22(1): 45–69.
- Oser, Fritz/Reichenbach, Roland (2000): *Politische Bildung in der Schweiz*. Herausgegeben von der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK). Bern: EDK.
- Osterwalder, Fritz (2000): Öffentliche Schule und Demokratie. Ein für den schweizerischen Liberalismus grundlegendes Verhältnis. In: Oser, Fritz/Reichenbach, Roland (Hg.): *Zwischen Pathos und Ernüchterung. Zur Lage der politischen Bildung in der Schweiz*. Freiburg: Universitätsverlag. 57–78.
- Quesel, Carsten/Allenspach, Dominik (2007): *Rahmenkonzept zur politischen Bildung in der Volksschule*. Online unter: http://www.fhnw.ch/ph/pbgd/downloads/forschungsberichte/fb_quesel-allenspach_2007 [Letzter Zugriff: 18.06.2010].
- Quintelier, Ellen (2010): The effect of schools on political participation: a multilevel logistic analysis. *Research Papers in Education* 25(2): 137–154.
- Reichenbach, Roland (1999): Abandoning the Myth of Exceptionality – On Civic Education in Switzerland. In: Torney-Purta, Judith/Schulle, Johne/Amadeo, Jo-Ann (Hg.): *Civic Education across Countries: Twenty-four National Case Studies from the IEA Civic Education Project*. Amsterdam: IEA, International Association for the Evaluation of Educational Achievement: 557–581.
- Reichenbach, Roland (2000): Die Ironie der politischen Bildung – Ironie als Ziel politischer Bildung. In: Reichenbach, Roland/Oser, Fritz (Hg.): *Zwischen Pathos und Ernüchterung. Zur Lage der Politischen Bildung in der Schweiz / Entre pathos et désillusion. La situation de la formation politique en Suisse*. Freiburg: Universitätsverlag: 118–130.
- Torney-Purta, Judith (2002): The school's role in developing civic engagement: A study of adolescents in twenty-eight countries. *Applied Developmental Science* 6: 202–211.

Verba, Sidney/Brady, Henry E./Schlozman, Kay Lehman (1995): Beyond SES: A Resource Model of Political Participation. *The American Political Science Review* 89(2): 271–294.

Verba, Sidney/Brady, Henry E./Schlozman, Kay Lehman (2001): *Voice and Equality: Civic Voluntarism and American Politics*. Cambridge, Mass.: Harvard University Press.

Wernli, Boris (2001): Contraintes institutionnelles, influences contextuelles et participation aux élections fédérales en Suisse. Bern: Haupt: 105–122.

Stellenausschreibung - Poste à pourvoir

The logo for ETH zürich, featuring the letters 'ETH' in a bold, sans-serif font followed by 'zürich' in a lowercase, sans-serif font.

Professor of Genome Biology

The Department of Biology (www.biol.ethz.ch) at ETH Zurich invites applications for the above-mentioned position. The successful applicant will lead a world class programme in the field of genome biology, including but not limited to the analysis of functional relationships between genomic variability and complex disease phenotypes in humans and mouse model systems by applying modern and innovative mouse genomic, computational and phenotyping technologies as well as high-throughput techniques in biochemistry, molecular and cell biology. The investigations should aim to decipher molecular disease mechanisms and advance our fundamental knowledge in areas such as cancer, stem cell biology, metabolism and inflammation.

The new professor will engage and contribute to teaching of this key aspect of life/health sciences in 'Biology', 'Health Sciences and Technology' and the new 'Medicine BSc' curricula. Undergraduate level courses are taught in German or English and graduate level courses in English. Applicants must have demonstrated excellent qualifications in education and research, and should embrace and reflect diversity in the broadest sense.

Please apply online at: www.facultyaffairs.ethz.ch

Applications should include a curriculum vitae, a list of publications, a statement of future research and teaching interests and a description of the three most important achievements. The letter of application should be addressed to the **President of ETH Zurich, Prof. Dr. Lino Guzzella**. **The closing date for applications is 30 April 2017**. ETH Zurich is an equal opportunity and family friendly employer and is responsive to the needs of dual career couples. We specifically encourage women to apply.